

Das Abonnement  
auf dies mit Ausnahme der  
Montage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24½ Sgr.  
Bestellungen  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 27. Januar. Se. Majestät der König haben Allerhöchst ge-  
rufen: Den Regierungsassessor v. Geldern zum Landrathe des Kreises Sielun, Regierungsbezirk Marienwerder, zu ernennen; dem Geheimen expedienten Sekretär Ploetz und dem Geheimen Registratur Courtois im Ministerium des Innern den Charakter als Kanzleirath beizulegen; dem Medizinalinspektor für Schleswig Dr. Hansen zu Hadersleben, den Physikern Dr. Kaeßner zu Burg auf Fehmarn und Dr. Sadiécan zu Schleswig, sowie den Physikern Dr. Heileman in Lüttichburg und Dr. Joens zu Kiel den Charakter als Sanitätsrath; ferner dem Banquier Swidler zu Berlin, so wie dem Geschäftsinhaber der Diskontobank Hansemann ebendaselbst den Charakter als Geheimer Kommerzienrath, ferner dem Hof-Zwiesel Friedeberg zu Berlin und dem Haberbeschäftiger Busch in Rathenow den Charakter als Kommerzien- rath zu verleihen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Kiel, 27. Januar Vermittags. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist die preußische Kriegsbrig „Rover“ gestern von Con- tiuma in See gegangen.

Wien, 27. Januar, Abends. Die Wiener „Abendpost“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Ministers des Innern an die Landeshöfe. Dasselbe sieht die Landeshöfe davon in Kenntnis, daß, wie künftig alle Organe der Staatsverwaltung unverbrüchliche Beobachtung der Staatsgrundgesetze zu beschwören verpflichtet sind, jetzt auch die bereits vereideten Organe eine Erklärung an Eidesstatt abzugeben haben. Zur Abgabe der Erklärung solle Niemand gezwungen werden, da die Sache nicht eine bloße Formalität, sondern ein politischer Akt von vollwichtiger Bedeutung sei. Von allen Beamten werde nebst unverbrüchlicher Treue für den Kaiser unbedingte Achtung der Reichsverfassung und Staatsgrundgesetze gefordert. Der Minister fordert um so nachdrücklicher die aufrichtige Hingabe und makellose Treue gegen die Verfassung, als er für die Handlungen der Regierung verantwortlich ist. Untreue oder Feindseligkeit gegen die Verfassung gelte als ebenso schwere Verleugnung der Amtspflicht, wie gewöhnlicher Bruch des Dienstes. Eine bloße Passivität oder Neutralität der Verfassung gegenüber sei ungenügend. Der Minister fordert schließlich strenge Pünktlichkeit und rasche Geschäftsführung, Emancipierung vom Formalismus, stete Bereitwilligkeit im Verkehr mit der Bevölkerung, uneigennützige Unparteilichkeit, Wahrung des Ansehens durch ein vorwurfssfreies Verhalten im Privatleben. Dann werde der Beamte der wirksamste Träger der konstitutionellen Staatsidee sein.

München, 27. Januar, Nachmittags. Die Kammer der Reichsräthe hat in heutiger Sitzung den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer betreffend das Gewerbegebot und das Wehrgebot zugestimmt, so daß nunmehr für beide Vorlagen die Vereinigung beider Häuser des Landtages erreicht ist.

Stuttgart, 27. Januar, Mittags. Die Abgeordnetenkammer hat das Gesetz, betreffend die Wahlen zum Zollparlamente mit allen Stimmen gegen eine, die des Abg. Hopf, angenommen und beschlossen, daß die Eintheilung der Wahlkreise auf dem Wege der Gesetzgebung festgestellt werden solle. Nur für die diesmaligen ersten Wahlen wird die Regierung ohne Zugiehung des Landtages die Wahlkreise eintheilen.

Schwerin, 27. Januar. Die offiziösen „Mecklenburger Anzeigen“ sind von machender Seite zu der Erklärung autorisiert, daß bei der von Sr. königl. Hoheit dem Großherzoge im Interesse eines zu schaffenden selbstständigen Bauernstandes anbefohlenen allgemeinen Vererbtpachtung der Bauernhäuser dahn Bestimmung getroffen werden wird, daß die Hauswirthschaftszahlungen nicht zu leisten brauchen, sondern ihre — in die Grund- und Hypothekenbücher einzutragende — Schulden an die Grundherrschaft allmählig tilgen können.

Neu-Strelitz, 27. Januar. Nach Anordnung der großherzoglichen Landesregierung soll die Auslegung der Wählerlisten in Mecklenburg-Strelitz für die Neuwahl eines Reichstags-Abgeordneten spätestens am 1. Februar d. J. erfolgen.

London, 27. Januar, Morgens. Der Dampfer „Tripolis“ ist aus New-York in Queenstown und der Bremer Dampfer „Amerika“ ebendaher in Southampton eingetroffen.

Der aus Westindien eingetroffene Dampfer „Douro“ hat 300,000 Pfds. St. an Kontanten (davon 200,000 in Silber) überbracht. Das Schiff hatte während der Fahrt sehr schlimmes Wetter. Bei seiner Abfahrt dauerter die Erdstöße auf St. Thomas, wenn auch weniger stark, noch fort. Auf Jamaika hatte man am 7. d. einen heftigen Erdstoß gehabt. — Nach Berichten aus Peru gewann die Revolution dafelbst im Süden wie im Norden an Boden. In Bolivia war ebenfalls unter der Führung Achas ein Aufstand ausgebrochen.

London, 27. Januar Nachmittags. Nach Berichten aus New York vom 15. d. hatte die Cholera am Bord des „Leibnitz“ abgenommen.

Paris, 27. Januar, Morgens. Der heutige „Moniteur“ enthält folgenden Bericht des Finanzministers: Die schwedende Schuld beträgt 93½ Millionen. Die Finanzlage hat sich bis zum Beginn des Jahres 1867 nur wenig geändert; gewisse außerhalb jeder Berechnung liegende Ereignisse machten alle vorläufigen Veranschlagungen für das Budget des Jahres 1867 nichtig. Der Ertrag der Verbrauchssteuern war um 26 Millionen geringer, als veranschlagt. Die bekannten Ereignisse zu Anfang des Jahres 1867 zwangen die Regierung des Kaisers verschiedene Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen und namentlich der Umgestaltung der Armee und Marine eine erhöhte Tätigkeit zuzuwenden. Die Expedition nach Rom, die auf allen Gebieten der Produktion herrschende Theuerung haben weitere Kreditsforderungen im Betrage von 16 Millionen notwendig gemacht. Im Ganzen bedarf es zur Deckung der ge-

nannten Ausgaben der Summe von 189 Millionen. — Das ordentliche Budget pro 1868, welches auf einen Überschuß von 124 Millionen veranschlagt wurde, wird in Folge mehrerer neuerdings hinzutretener Ausgaben nur 102 Millionen Überschuß ergeben. Die voraussichtlichen Einnahmen des Budgets pro 1869 werden 1696 Millionen betragen, die ordentlichen Ausgaben eben dieses Jahres werden sich auf 1628 Millionen belaufen. Das außerordentliche Budget für die Jahre 1868 und 1869 stellt sich somit weniger günstig, indem für 1868 nur 103, für 1869 nur 69 Millionen Überschuß verbleiben. — B. z. der Ausgaben werden in dem Bericht u. a. genannt: 82 Millionen für öffentliche Arbeiten in den Jahren 1868 und 1869; ferner 187 Millionen zur Umarbeitung der Gewehre, zum Ausbau der festen Plätze, sowie für Marinewecke; die lebendigen Ausgaben verteilen sich auf die Jahre 1868, 1869 und 1870. Diese Bedürfnisse und die Konsolidierung von 158 Millionen, welche 1867 für Armee und Marine gefordert waren, erheben zusammen eine Summe von 440 Millionen, welche durch eine Anleihe beschafft werden müssen, wenn die Kammern dieselben genehmigen. Der Finanzminister schlägt vor, dieselbe auf dem Wege der öffentlichen Subskription in 20 Monatsraten zu bewerkstelligen, und fügt hinzu, der Überfluss an Kapitalen sichere den Erfolg der Anleihe.

Paris, 27. Januar, Morgens. Bericht des Finanzministers. Fortsetzung. Der Bericht betrachtet den Baarvorwath der Bank nicht als eine Milliarde, welche nichts einbringt, sondern als eine Anlage, welche eine bedeutende Ersparnis darstellt. Bezüglich der merikanischen Obligationen erklärt der Bericht, der Staatsrat sei beauftragt, das Prinzip und die Art der den Inhabern zu leistenden Indemnität zu prüfen. Die Reklamationen bei der Staatsregierung seien rechtlich allerdings nicht begründet, beruhen indessen auf moralischen Erwägungen und auf der Thatfrage, daß ein Theil der Anleihe verwendet worden ist, um Frankreich einen Theil der Summen zu bezahlen, welche Mexiko ihm schuldet.

Der Bericht schließt folgendermaßen: Ich habe die Lage der Finanzen eingehend geprüft. Die Darlegung derselben ist so genau wie nur möglich und ohne irgendwie übertrieben zu sein, abgesetzt. Ich habe ohne Zaudern die nothwendigen Maßregeln vorgeschlagen, und Hoffnung geschöpft, daß sie zur Folge haben werden, die gegenwärtige Lage zu ordnen, und eine günstigere Zukunft vorzubereiten. Der Patriotismus des Landes wird sich große Opfer auferlegen müssen, aber er wird eine größere Sicherheit für den Frieden gewinnen; die Sicherheit, die die Macht gewährt, und nicht jenen ungewöhnlichen Frieden, während dessen jede Nation aus Furcht vor einem Konflikte nicht aufhört gegen ihr Gedeihen und ihren Kredit Krieg zu führen, sondern den ruhigen Frieden, welcher auf der Wohlfahrt, dem allgemeinen Einvernehmen und der gegenseitigen Achtung beruht, den Frieden, welchen Eure Majestät in scharfsinniger Weisheit mit Ihren Wünschen und Ihren Bestrebungen erreichen will.

Paris, 27. Jan. Morgens. Der Passus des Finanzberichtes an den Kaiser über den für die Militärverwaltung für die Jahre 1868 bis 1870 verlangten außerordentlichen Bedarf von 187 Millionen lautet ausführlich: Die Umformung des Kriegsmaterials und der Marine ist ein patriotisches Werk. Eure Majestät möge bedenken, daß das Interesse sowohl für die Vertheidigung des Landes, als für die nationale Ehre es nicht gestatten würde, das angefangene Werk unvollendet zu lassen. Die Macht ist in der That ein relatives Ding, da alle Nationen auf eine neue und gewaltige militärische Reorganisation lossteuern. Diejenige Nation, welche aber nicht mit vorschreitet, würde zurückstehen und das Gleichgewicht zu ihrem Nachtheile gefährdet sein. Wir unterziehen uns also einer lästigen aber gebietserischen Nothwendigkeit. Es wird uns keinen Vortheil gewähren, wenn wir diese Nothwendigkeit, oder die finanzielle Tragweite verheimlichen wollten. Es würde auch eine Läufschung sein, wollte man hoffen, daß mit der Ausgabe von 187 Millionen Alles gethan sei. Ein großes Land wie Frankreich verzichtet niemals auf die Verbesserung, welche sein Gedeihen und seine Macht vermehren können; aber in Bezug auf die Ausrüstung wird das wesentliche damit gethan sein. Das, was noch zur Ergänzung für nothwendig erachtet wird und weniger dringlich ist, wird alsdann später im Verhältniß zu den neuen Hilfsquellen nach und nach vervollständigt werden können.

Marcelle, 27. Januar Mittags. Die Hinrichtung der 3 zum Tode verurteilten italienischen Banditen hat heute früh um 7 Uhr stattgefunden.

Zürich, 26. Januar Abends. An der heute im Kanton stattgehabten Volksabstimmung über die Revision der Verfassung haben circa 60,000 Menschen Theil genommen. Eine sehr erhebliche Mehrheit sprach sich für die Revision aus.

Florenz, 26. Januar, Abends. Sämtliche Bureaux der Deputirtenkammer haben sich zu Gunsten der provisorischen Bewilligung des Budgets für den Monat Februar erklärt. Abg. Martelli ist zum Berichterstatter ernannt.

„Opinione“ bestätigt, daß der spanische Gesandte Erklärungen abgegeben habe, durch welche der bekannte Passus der spanischen Thronrede wesentlich gemildert worden sei.

Die „Italienische Korrespondenz“ sagt: Wenn neuerdings eine Annäherung zwischen Preußen und Frankreich stattgefunden habe, so habe Italien allen Grund, über eine solche Eventualität erfreut zu sein.

## Die Folgen des Notstandes in Ostpreußen.

II.

Wir blieben stehen bei der Betrachtung der ländlichen Verhältnisse,

Inserate  
1½ Sgr. für die fünfgeschossige  
Zeitung oder deren Raum,  
Reklamen verhältnismäßig  
höher, sind an die Expedition zu richten und werden  
für die an denselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

Wenn die Regierung ihre Schuldigkeit zu thun hat, darf doch der Landwirth von ihr nicht Alles erwarten. Fehlt es ihm an Kapital, so hat er sich Boden-Kredit-Institute selbst zu schaffen. Eine Reform des Pfandbrief-Institutes kann ihm, da sie beantragt ist, nicht versagt werden. Wir zweifeln nicht, daß die Staatsregierung dieses Institut ermächtigen wird, den Grundbesitz bis zum 20fachen Betrage des Grundsteuer-Neinertrages zu beleihen. Weiter gehen kann die Landschaft nicht. Es können aber dem Landmann andere Institute mit kündbarem Kredit von Nutzen sein, welche die Grundstücke beträchtlich höher beleihen; diese muß er sich selbst beschaffen. Um indeß solche Reformen vorzunehmen, muß der landwirtschaftliche Gemeinheitsgeist wachsen, und dieser wiederum ist durch das Vereinswesen zu pflegen. Es fehlt zwar Ostpreußen nicht an Vereinen, aber ihre Wirksamkeit ist noch gering, indem sie zu wenig versucht haben, auf den Bauernstand einzutreten. Die bauliche Wirtschaft liegt daher noch sehr im Argen; aber hier kann der Staat nicht helfen.

Wir resümiren also:

Um Ostpreußen die Möglichkeit zu gewähren, mit anderen Provinzen des Landes einigermaßen gleichen Schritt zu halten, muß der Staat dieser Provinz zu Hülfe kommen durch vorsichtige Berücksichtigung ihrer Schulwesens, ihrer Verkehrsanstalten, wozu namentlich die Aufhebung der Grenzsperrre gehört, und Unterstützung ihrer Ackerbau-Interessen durch Erhöhung des Meliorationsfonds und angemessene Reform der Kreditinstitute. Alles Neubrige kann die Provinz nur von sich selbst erwarten, indem sie Einrichtungen trifft, welche die Bevölkerung zur Thätigkeit, Ordnung und Bildung anleiten, den Grundpfeilern des Wohlstandes. Mit dem Wohlstande wird auch die Industrie sich von selbst in der Provinz ansiedeln.

## Deutschland.

**Preußen.** △ Berlin, 27. Januar. Preußen hat zu der orientalischen Frage noch gar keine Position genommen, weil sie ganz außerhalb des preußischen Interesses liegt. Es hat — was zugleich zur Berichtigung einer Berliner Korrespondenz der „A. Z.“ gesagt sein möge — bisher nur die erste und unterländliche Pflicht erfüllt, und gleich den anderen Großmächten zur Versöhnung rathend, der Pforte empfohlen, geeignete Reformen zur Verhüllung der Gemüther vorzunehmen, der serbischen Regierung aber, alles zu vermeiden, was einen Konflikt herbeiführen könnte. Weiter ist von hier aus in der Angelegenheit bisher nichts geschehen und wird auch nichts geschehen, es sei denn, daß die Entwicklung der Verhältnisse ein positives Auftreten im preußischen Interesse erfordern würde. Was aber über die Stellung Benedetti's gesagt wird, ist wahrscheinlich ebenso unbegründet, als das ähnliche, früher oft wiederholte Gericht über das Verhältnis des preußischen Gesandten in Wien, welches durch die Auszeichnung, die demselben in den jüngsten Tagen von Seiten des Kaisers zu Theil geworden, in entschiedenster Weise seine Widerlegung gefunden hat. — Vom Kriegsminister, General v. Roon, sind Mittheilungen eingetroffen, die von ihm selber herstammen und schließen lassen, daß sein Befinden ein verhältnismäßig günstiges sei. — Die Thatsache, daß der Präsident v. Reditz als Regierungspräsident nach Liegnitz verlegt werden wird, bringt man mit Unrecht in Verbindung mit der Frage wegen Vereinigung der Regierungen in den Elbherzogthümern. In dieser Beziehung ist zur Zeit noch immer kein definitiver Beschluß gefaßt worden.

△ — Die Einrichtung des hiesigen landwirtschaftlichen Museums schreitet rath vorwärts; dennoch dürfte wahrscheinlich der Monat Mai heranrücken, ehe die Eröffnung stattfinden kann. — Nach der jetzt vom Finanzministerium aufgestellten provisorischen Abrechnung über die gemeinschaftliche Uebergangsabgabe von Tabaksblättern und Tabakfabrikaten während der drei ersten Quartale des vorigen Jahres hat sich die Gesammtentnahme auf 99,310 Thlr. belauft, wovon Preußen mit Einschluß derjenigen neuen Provinzen, welche an dieser Besteuerung teilnahmen, allein 72,525 Thlr. eingenommen hat. Ferner betrug die Einnahme im Königreich Sachsen 15,307 Thlr., in Thüringen 6,886 Thlr., in Braunschweig 369 Thlr. und in Oldenburg 164 Thlr. Von den Einnahmen fallen als Anteil auf Preußen 83,745 Thlr., auf das Königreich Sachsen 6,757 Thlr., auf Thüringen 4,123 Thlr., auf Braunschweig 1003 Thlr. und auf Oldenburg 913 Thlr.

— Die Zeichnungen auf die zur Subskription aufgelegten 12 Millionen Thaler 4½% Preußischer Anleihe haben, nach den bisher vorliegenden telegraphischen Nachrichten, die Summe von zusammen 22,420,000 Thlr. ergeben. Die Reparition der Zeichnungen wird erst in den nächsten Tagen festgestellt werden; so viel läßt sich hiernach aber bereits schließen, daß, bei voller Berücksichtigung der kleineren Zeichnungen, auf die größeren jedenfalls nicht mehr als die Hälfte des gezeichneten Betrages kommen wird.

**Breslau,** 25. Januar. [Jüdisch-theologisches Seminar.] Zur Gedächtnissfeier für den im Jahre 1846 verstorbene Kommerzienrat Jo-nas Fränkel, dem Begründer des jüdisch-theologischen Seminars, hat der Direktor desselben, hr. Dr. Franke, dieser Tage einen Jahresbericht erlassen.

Nach demselben hat die Anstalt auch im verflossenen Jahre ebende Anerkennung seitens mehrerer jüdischen Gemeinden gefunden, indem mehrere ihrer Söhne Berufungen zu Rabbinerstellen erhalten, und zwar die Herren Dr. Kohut nach Stuhlwiesenburg, Frank nach Saaz, Stein nach Worms, Horowitz nach Märkisch-Friedland und Blaue nach Berent in Westpreußen. An dem diesmaligen Gedächtnistage des Stifters werden die Herren Dr. Vogelstein aus Lippe-Detmold und Sydon aus Tyrau in Ungarn als Rabbiner entlassen werden. Als Lehrer an der Anstalt fungieren zur Zeit außer dem Direktor die Herren Dr. Dr. Freudenberg, Graetz (der gelehrte Verfasser der Geschichte der Juden), Rosin und Badermann. Der Gefangunterricht, welchen bis vor Kurzem Herr Kantor Deutsch geleitet, hat jetzt hr. Kantor Berthold übernommen. Das Seminar zählt gegenwärtig 50 Hörer, darunter 22 Preußen, 21 Westpreußen, 2 Badenser, 1 Würtemberger, 1 Baier, 1 Sachsen-Meiningen, 1 Lippe-Detmolder und 1 Russ. Die Zahl wohlwollender Gönner der Anstalt hat sich im verflossenen Jahre noch vermehrt, und es sind derselben nicht nur zahlreiche Schenkungen an wertvolle Bücher, sondern auch mehrere ansehnliche Geldbeiträge und Legate zugegangen.

Die Preisaufgabe zur Erlangung des Lehmann'schen Preises blieb in diesem Jahre zum ersten Mal ungenügend gelöst, weshalb keiner der Bewerber den Preis zuverkam werden konnte. — Dem Jahresbericht ist eine treffliche Abhandlung des bekannten Historikers Dr. H. Graetz: „Frank und die Frankisten“ beigegeben worden, worin der „heilige Herr“ (so wurde Frank seiner Zeit genannt), dessen glorifizierung von Geschichtserzähler und Romanpoeten bis in die neuere Zeit eifrig betrieben worden ist — noch im Jahre 1865 brachte die „Gartenlaube“ einen Beitrag dieser Richtung — auf Grund altertümlicher Bezeugnisse als ein gemeiner Schwindler und Abenteurer seine richtige Würdigung erhält. Hierbei ist namentlich die jüngste (in Warschau 1866 erschienene) Schrift des polnischen Gelehrten Dr. H. Skłodowicz bemüht, deren Titel lautet: „Zygot, skoń i nauka Jakuba Józefa Franka.“

**Köln,** 26. Januar. Die „A. Z.“ schreibt: Wie uns mitgetheilt wird, verspricht die morgen Nachmittag auf dem Gürzenich stattfindende Katholiken-Versammlung eine recht glänzende zu werden. Nicht nur steht die Anwesenheit des Erzbischofs Paulus und des Weihbischofs Dr. Baudri, so wie zahlreicher Koryphäen der ka-

tholischen Welt bevor, auch der größte Theil des katholischen rheinisch-westfälischen Adels hat bereits seinen Besuch angemeldet.

## Vereinsthätigkeit für Ostpreußen.

Berlin, 27. Januar. Heute hat die Eröffnung des Bazar für die Notleidenden in Ostpreußen auf dem fgl. Schloß stattgefunden. Es ist ein erhebender Anblick, wahrzunehmen, wie nicht nur durch Gaben aus allen Theilen Deutschlands, sondern auch von Deutschen im Auslande der feste Zusammenhang wahrer Theilnahme an dem Losse der notleidenden Brüder sich freudig kundgegeben hat. Viele hohe Verwandte des königlichen Hauses, wie z. B. die Höfe von Karlsruhe und München, haben schöne Beiträge geliefert, während zugleich der Fortschritt der Industrie und Kunst wetteifernd in den reichen Gaben der Stadt Berlin hervortritt.

(Staats-Anzeiger.)

— Im Auftrage der Königin und des Vaterländischen Frauenvereins war bekanntlich der Geh. Reg.-Rath Dr. Esse nach den zumeist bedrängten Kreisen gegangen, um an der Organisation, der Privathilfe thätig Anteil zu nehmen. Aus dem uns eben zugehenden Bericht des Abgesandten ersehen wir, was zunächst seine organisatorische Thätigkeit anbelangt, daß er der knapp zugemessenen Zeit halber nur sieben Kreise besuchen konnte: Insterburg, Gumbinnen, Darkehmen, Angerburg, Wehlau und Labiau. Von den vier erstgenannten sagt der Herr Referent, daß daselbst die Organe des Frauen-Vereins in voller Thätigkeit seien; in vielen Orten sei für Errichtung von Suppen-Anstalten gesorgt, welche in der Regel in den Schulhäusern etabliert seien. Herr Esse erkennt die thätige Mitwirkung der Kreis-Armenkommissionen bei der Lösung der Vereins-Aufgaben an, giebt indessen der Anteilnahme der örtlichen Organe der geistlichen Armenpflege den Vorzug. Über die Zahl der eingerichteten Suppenanstalten, der in ihnen Gespeisten ic erfahren wir leider nichts, was seinen triftigen Grund in der Unfertigkeit der Organisation haben mag. Von Interesse ist es, daß der Herr Abgesandte neben anerkennenden Worten für die Maßnahmen und Absichten der Regierung offen bekennt, die in den öffentlichen Blättern enthaltenen Schilderungen des Notstandes seien nicht übertrieben; daß die Not wirklich entsprechlich groß sei und daß, wer dieselbe abzuleugnen sich bestrebe, entweder nicht genügend informirt oder von irgend welchen Einflüssen geleitet sei. In Gemeinschaft mit dem Medizinalrath und Professor Dr. Leyden hat Herr Dr. Esse mehr als hundert notleidende Familien aufgesucht und die Behauptung bestätigt gefunden, daß die Kinder meist nackt auf fauligen Strohlagern liegen und weder mit Betteln noch Deckenstücken versehen, sondern sehr häufig nur mit Lumpenstücken bedekt sind ic.

— Betreffs der Unternehmern landwirtschaftlicher Verbesserungen in Ostpreußen abzugebenden Darlehne sind neuerdings von den Nesson-Ministern folgende Bedingungen festgesetzt worden: Es werden nur zu solchen landwirtschaftlichen Verbesserungen Darlehen bewilligt, welche nach sachverständiger Prüfung einen lohnenden Erfolg versprechen und deren Unternehmer, sobald es die Witterung gestattet, bis zur nächsten Ernte einer ansehnlichen Zahl von Arbeitern, als Regel nicht unter 50, darunter den Arbeitsdienst zu verschaffen sich verpflichten. Bei grösseren Darlehen ist die Zahl der zu beschäftigenden Arbeiter nach der Höhe der Darlehnssumme in der Art zu bemessen, daß etwa auf 100 Thlr. ein Arbeiter gerechnet wird. Wenn für das Darlehen das zu verbessernde Grundstück als Hypothek bestellt werden soll, so kann bei der Prüfung der Sicherheit der nach sachverständigem Ermessens zu erwartende künftige höhere Kleinertrag desselben billig berücksichtigt werden. Die Rückzahlung der Darlehne muß nach dem Gesetz bis Ende 1870 erfolgen und kann zur Hälfte 1869 und zur Hälfte 1870 gestattet werden, für 1868 ist keine Rückzahlung zu verlangen. Die Darlehne werden zinsfrei gewährt und die darauf gerichteten Gesuche unmittelbar der betreffenden Bezirks-Regierung unter Beifügung der vorhanden Karten, Ansätze und Gutachten eingereicht.

**Elberfeld,** 24. Januar. Die hiesigen Sammlungen haben bis jetzt die Summe von 5308 Thalern ergeben.

— In Dessaу sind bis jetzt 1518 Thaler gesammelt und davon 1500 Thlr. an den Ober-Präsidenten der Provinz Preußen abgesandt worden. In Köthen hat die Sammlung 950 Thlr. ergeben. Grundbesitzer und Landwirthe in Hecklingen haben 4 Wissel-Saatgetreide beigesteuert.

Aus Insterburg, 25. Januar, schreibt der Korrespondent der „Volkszeitung“: Auf der Durchreise von Tilsit nach Wehlau hier aufzuhalten, theile ich Ihnen vollkommen authentisch noch mit, daß gestern in Heydekrug großer Arbeiter-Krawall stattgefunden hat. Etwa 150 Arbeiter wollten vom Baurath beim Chausseebau beschäftigt werden, da sie auf die betreffende Bekanntmachung zum Theil Meilen weit herbeigekommen. Die Zahl der zu beschäftigenden Arbeiter war aber schon komplet, und der Baurath wußte die Leute zu beruhigen. Nun aber zogen sie vor das Haus des Landrats und verlangten Arbeit und Brod; ließ man sie ferner hungern, so gebe es ein neues „Achtundvierzig“. Der Landrat, sehr in Verlegenheit, beschwichtigte die aufgebrachte Menge endlich durch Austheilen von Brod- und Suppenmarken, und das Versprechen, ihnen Arbeit zu verschaffen.

## Frankreich.

**Paris,** 25. Januar. Heute sind in Paris großartige Vorstoffs-Maßregeln ergriffen worden. Die ganze Pariser Garnison wurde nämlich in den Kasernen konsigniert und alle Wachtposten verdoppelt. Anlaß zu dieser Maßregel gab die Beischlagsnahme von aufrührerischen, in äußerst heftiger Sprache abgefaßten Proklamationen. Der „Etendard“, der ein Exemplar dieser Altenstücke erhalten haben will, erwähnt heute Abend dieser Angelegenheit, indem er mittheilt, daß ein geheimes Blatt unter dem Titel „La République“ in Paris vertheilt worden sei. Dieses Dokument trägt in der That diesen Titel und scheint die erste Nummer des Organs einer geheimen Exekutiv-Kommission zu sein, welche sich in der Absicht gebildet hat, das Kaiserreich zu stürzen. In dem Altenstücke wird die Bildung dieser geheimen Regierung übrigens angekündigt und die französischen Republikaner werden aufgefordert, sich endlich dazu zu entschließen, ihre Zuflucht zu den äußersten Mitteln zu nehmen, um sich endlich von dem schmählichen Joch zu befreien, das seit 16 Jahren auf Frankreich lastet. Was man unter diesen äußersten Mitteln versteht, wird in dem Altenstücke ganz offen gesagt: Feder Republikaner soll sich nämlich an Brutus ein Beispiel nehmen

und über den Tyrannen, wo er ihn finden möge, herfallen und sich sofort zur Gegenwehr setzen, wenn er auf irgend eine ungefährliche Weise von den Agenten der Behörden angegangen werde. Das Altenstück theilt zugleich das Programm der geheimen Regierung mit. Dass sie ähnelt sehr denen, welche in früheren Zeiten in Frankreich zum Vorschein gekommen sind. Doch schließt dasselbe nur mit Vive la République! und nicht mit Vive la République démocratique et sociale!, wenn auch schon seine Devise „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ ist. Daß man in den offiziellen Kreisen diesem Altenstücke, das sofort nach Compiegne, wo sich gegenwärtig der Kaiser befindet, abgesandt wurde, eine ungewöhnliche Wichtigkeit beilegt, erhellt zur Genüge aus den Vorsichts-Maßregeln, welche man ergriffen hat und die darauf schließen lassen, daß man sogar die das Kaiserreich bedrohende Gefahr für dringlich hält. Bedenkt geht man darin wohl zu weit, und die Dinge sind auch noch nicht so weit gediehen, daß die einfache Ankündigung Betreffs der Bildung einer geheimen Regierung die Existenz des Kaiserreichs sofort ernstlich bedrohen könnte.

— Heute sprach das Zuchtpolizeigericht endlich sein Urtheil in der Angelegenheit der zehn Journale, welche angeklagt waren, unerlaubte Berichte über die Sitzung des gesetzgebenden Körpers veröffentlicht zu haben. Der Gerichtshof brachte den Artikel 14 der Verfassung von 1852 in Anwendung und verurtheilte die Geranten Bousselet (Glaeurer), Weiß (Journal de Paris), Bouchard (Interet Public), Laurent (Union), Bertin (Journal des Debats), Dentz (France), Peyrat (Avenir National), Hebrard (Temps), Sougère (Siccle) und Fouray (Opinion Nationale) zu tausend Franken Geldstrafe und die Unkosten. Obgleich man bei der Zusammensetzung der Sechsten Kammer des Zuchtpolizeigerichts, vor welcher der Prozeß verhandelt wurde, kaum einen anderen Ausgang erwarten konne, so macht die Verurtheilung der Journale doch überall einen höchst peinlichen Eindruck. Nach dem Urtheile der Sechsten Kammer, und besonders, wenn die höhere Gerichtsbarkeit dasselbe bestätigt, wird es mit der Diskussions-Freiheit in Frankreich vollständig sein Ende haben. Die Journale werden besonders bei den bevorstehenden wichtigen Diskussionen über die Presse, das Vereinsrecht, die neue Anleihe, das Rekrutirungsgesetz und das Budget sich ganz ruhig verhalten müssen, wenn sie nicht, sobald sie sich offen aussprechen, wieder vor dem Zuchtpolizeigerichte erscheinen wollen. Die Regierung hat daher wohl den Zweck erreicht, welchen sie bei dem Prozeß verfolgte, aber es ist noch sehr die Frage, ob dies nicht mehr Schaden als Vortheil bringen wird.

— Die „Patrie“ enthält folgende Mittheilung: „Briefe aus Florenz berichten uns von gemissen Versuchen zu Gunsten des Erkönigs Franz II. im Königreich Neapel. Die bourbonische Reaction, die bisher ohnmächtig war, scheint zu Kräften zu kommen. Dank den letzten politischen Ereignissen und im Augenblicke, wo sie alle Hoffnung verloren hatte, scheinen von Rom ausgehende Aufmunterungen den Eifer der wenigen Anhänger der entsetzten Dynastie frisch angefeuert zu haben. In Florenz macht man sich deshalb keine Sorge, aber man verfolgt diese Umtriebe und ist bereit, energisch denselben entgegenzutreten. In Bezug auf das Kabinett hat die Regierung Viktor Emanuels keinen Zweifel. Sie weiß, daß die kaiserliche Regierung es nicht unterläßt wird, in Rom Vorstellungen gegen die allenfallsigen Versuche Franz II. laut zu lassen. Im Uebrigen glaubt man in Florenz zu wissen, daß man den römischen Hof bereits officiös von der gerechten Empfindlichkeit unterrichtet hat, welche in Italien die Mitschuld des Erkönigs Franz II. herbeiführen möchte, wenn diese dargethan werden könnte, und man hat allen Grund anzunehmen, daß man sich im Vatikan bemühen wird, die gegenwärtige Lage selbst nicht einmal dadurch zu kompromittieren, daß man Grund zu Verdacht geben würde.“

## Italien.

Aus Rom, 16. Januar, wird über die Revolte in Civita-Bechia folgendes Nähere berichtet: „In Civita-Bechia ist es zu einer wirklichen Revolte unter den Truppen des französischen Expeditions-Körpers gekommen. Auf feuchtalem Lagergrund kampirend, vom römischen (Kampagna-) Fieber und den Blattern decimirt, revoltierten die Soldaten schließlich, ergingen sich in den heftigsten Schlägereien gegen den Papst und den „Empereur“ und schrien: „dieser möge selber kommen, um den Vatikan zu schützen“. Die Sache nahm eine Gestalt an, daß sich General de Hailly veranlaßt sah, an den Kriegs-Minister zu telegraphiren, um bestimmte Befehle vom Kaiser zu erwirken. Die Antwort lautete dahin, daß er eine Anzahl Truppen nach Viterbo in die Winterquartiere führen solle.“

Rom, 19. Januar. Über die definitive Streichung des Msgr. Darboy von der Liste der zu kreirenden Kardinäle hört man folgendes Nähere: Der Papst wollte, daß der Erzbischof von Paris eine Art von Widerruf, wie der Kardinal d'Andrea, unterzeichne; er ließ ihm diesen Wunsch durch die Vermittlung der Pariser Nunciatur übermachen, die dem Msgr. Darboy auch die Grundzüge dieses Widerrufes mitteilte; aber Darboy wies es zurück, sich einer solchen Bedingung zu unterwerfen. Darauf erklärte der Papst, daß er den Hut dem kaiserlichen Kandidaten nicht geben könne, bis derselbe widerrufen habe. — Zwischen dem heiligen Vater und den Prälaten der Konsulta hat eine ziemlich animierte Scene in Bezug auf die Länge der Soutanen stattgefunden. Der Papst hat ihnen vorgeworfen, zu kurze Soutanen zu tragen. Einer der Prälaten bemerkte, daß die Straßen Roms furchtbar schmutzig seien und daß man sich die Kleider verderben würde, wenn man sie verlängerte. Darauf rief Pius IX. mit Lebhaftigkeit aus: „Weshalb trägt Ihr keine Schnüre, wie die Frauen, und zieht sie hinauf, wenn es schmutzig ist?“ Dies ist wörtlich.

Rom, 20. Januar. Während man glaubhaften Privatnachrichten aus Neapel zufolge ein Zunehmen der separatistischen Agitation im Königreiche konstatiren kann, bemerkt man hier auch in der Umgebung des Königs Franz seit einiger Zeit bedeutend gesteigerte Hoffnungen auf die Möglichkeit einer Rückkehr, die auf etwas mehr als auf jenen Illusionen basirt zu sein scheinen, mit denen sich sonst Emigranten aller Parteien einzulullen pflegen. König Franz unterhält nämlich in Paris noch immer einen Agenten, den Ritter Canofari, und wie verlautet, habe aus den Berichten dieses Mannes die Partei des Königs in jüngerster Zeit hauptsächlich ihre trostliche Nahrung bezogen. Eine nahe Verwandte des Kaisers der Franzosen, gleichzeitig der regierenden badischen Familie nahestehend, und an einen Mann aus den ersten Familien Englands vermählt, habe vor Kurzem bei ihrer Anwesenheit in Paris, aus

Italien kommend, an einem Familien-Diner in den Tuilerien Theil genommen. Natürlich sei da die Lage Italiens zunächst zur Sprache gekommen, und Napoleon III. habe bei dieser Gelegenheit seine Ansicht dahin ausgesprochen, daß die Lage des Königreiches eine unhaltbare geworden sei. Er sehe nur in der Dreitheilung Italiens ein Mittel zur Rettung; so erhielte man ein Königreich Nord-Italien, ein Königreich Neapel und in der Mitte den Kirchenstaat. Auf die Frage seiner Cousine, ob er denn für Neapel einen Prätendenten bereit hätte, und ob er einen Mann aus seiner Familie dorthin gesetzt zu sehen wünsche, entgegnete der Kaiser, letzteres wünsche er in keiner Weise; aber ein Prätendent sei ja vorhanden, König Franz II., den man zurückrufen lassen könne. Auf diese Ausseinandersetzung hin hatte die Herzogin nichts Eiligeres zu thun, als dem Ritter Canofari brühwarm mitzuteilen, was der Kaiser in vertraulichem Gespräch geäußert. Franz II. Agent schlug sofort Alarm, im Palazzo Farnese stieg die Hoffnung und Napoleon erfuhr bald genug die Indiskretion seiner Verwandten, der er alsdann bittere Vorwürfe gemacht haben soll. Jedenfalls aber ist es gut, zu wissen, worauf sich die Spekulation der Franz, Ulloa und Genossen basiren.

Der „Allgemeinen Zeitung“ wird aus Neapel geschrieben: „Es ist nachgewiesen, daß die früher erwähnten Münzen der „Italiensischen Konföderation“ in Frankreich geprägt und von dort auch eingeführt worden sind. Es sind auch gleichzeitig Münzen geprägt worden, welche den Prinzen Humbert als König von Nord-Italien darstellen. Über die von den Legitimisten beliebte Vertheilung Italiens kann bald kein Zweifel mehr sein; es kommt nur darauf an, wie groß das Mittelstück für den Papst ausfallen soll.“

## Bom Landtage.

### 37. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 27. Januar. Die Sitzung wurde um 10 Uhr 30 Minuten durch den Präsidenten eröffnet. Das Haus ist sehr schwach besetzt, ebenso die Tribünen; am Ministerialen die Kommissarien. Der Präsident verkündet den Tod des Kommerzienrats Leonor Reichenheim und giebt dabei ein übersichtliches Bild der parlamentarischen Tätigkeit desselben. Namentlich hebt er die Verdienste des Hingeraden als Mitglied der Budgetkommissionen der letzten Jahre hervor. Das Haus erhebt sich, das Andenken zu ehren, von den Sitzen. Das Begegnungsfindet am Mittwoch statt, weshalb an diesem Tage keine Sitzung gehalten wird. Sodann läuft der Präsident das Gesetz einer Abdüssitzung im Hintergrunde erscheinen, indem er das Haus darauf verweist, daß eine beschleunigte Beratung des Staats mit Rücksicht auf die weiteren noch vorliegenden Arbeiten unbedingt geboten sei. Siegt sich daher bis 3 Uhr nicht die Möglichkeit der Erledigung der Tagesordnung bis zur üblichen Schlusselfest, so wird um 3 Uhr geschlossen und um 7 Uhr fortgefahrene.

Die heutige Tagesordnung ist wiederum diejenige der letzten Sitzung (Kultusstatut, Ausgaben für Landestriangulation, Eisenbahn- und Berg- und Salinenetat). Die Beratung beginnt mit Tit. 37 bis 48 (Medizinalwesen).

Bu diesen Titeln hat Abg. Birchow einen Antrag eingebracht, dahin gehend, die Staatsregierung aufzufordern, die Organisation der Medicinalbehörden im ganzen Staate einer Prüfung zu unterwerfen und dabei insbesondere die Frage zu erwägen, ob nicht die Stellen der Kreiswundärzte und der Provinzial-Medicinal-Kollegien gänzlich aufzuheben, und dafür die Gehälter und der Geschäftskreis der Kreisphysiker und der Regierungs-Medicinalräthe aufzubessern, bezüglich zu erweitern seien.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag, indem er eingehend die jetzige Organisation der Medicinalbehörden bespricht. Die Mängel dieser Organisation dürfen nicht auf die neuen Provinzen übertragen werden. Es sei eine wesentliche Änderung eingetreten in der Stellung der Medicien. In der gerichtlichen sei das mündliche Verfahren an Stelle des schriftlichen getreten, ausgenommen bei Gutachten. Dies sei ein Anachronismus. Die Sachverständigen müssen von den Geschworenen ihre Gutachten abgeben und motivieren. Die gerichtliche Verhandlung werde wesentlich dadurch gefördert und es empfehle sich dies Verfahren zur allgemeinen Einführung. Das schriftliche Gutachten erfüllt die Geschworenen. Redner geht weitläufig auf die Stellung der verschiedenen Behörden ein. Ein Kreisphysikus müsse sein öffentliches Amt als ein Nebenamt betrachten, da er zunächst durch die Praxis für seine eigene Existenz zu sorgen habe. Siegt er das Hauptgewicht auf sein Amt, so werde er gewöhnlich kein tüchtiger Arzt sein und vom Publikum nicht gesucht werden. Ebenso ist die Stellung der Regierungs-Medicinalräthe eine zu ungünstige. Im Verlaufe der Rede verliest Redner einen Artikel aus der „Provinzial-Korrespondenz“, um darzuthun, daß die Regierung über die Gesundheitsverhältnisse nicht ordentlich orientiert sei. Die Bezirksregierung in Gumbinnen, welche den Verhältnissen der bedrängten Gegenden näher steht, falle ein anderes Urteil. Nach dem letzteren sei der Ausbruch des Typhus eine Folge der schlechten Ernährung, wohingegen die „Provinzial-Korrespondenz“ einen solchen Ausfall negativ nicht zu finden vermöge. Die Organisation sei eine unzureichende, innerhalb der Verwaltung müssen einzelne Stellen abgeschafft, andere besser dortirt werden. Dahn gebe sein Antrag.

Abg. Karsten berichtet von den Kommissarien des Hauses gestellten Antrag. Derselbe geht dahin: a. von den in Aufsatz gebrachten Gehältern für zwei Medicinal-Inspektoren für Schleswig und Holstein eines als fünfzig wegfallend zu bezeichnen; b. (in getrennter Abstimmung) die Staatsregierung aufzufordern, die Gehälter der Mitglieder des zu reorganisierenden Provinzial-Medicinalkollegiums für Schleswig und Holstein in Übereinstimmung mit den Normen für diese Kollegien in den übrigen Provinzen auf den Titel pro 1869 zu bringen. Der Vortrag wird von großer Unruhe des Hauses begleitet.

Der Regierungskommissar schließt sich den Anträgen der Kommissarien im Wesentlichen an. Auch der Antrag Birchow sei der Regierung willkommen; die Beseitigung der Provinzial-Medicinalkollegien sei indest nur im Wege der Gesetzgebung zu erzielen. Die Beseitigung der Kreiswundärzte sei schon früher ins Auge gefasst, eine Änderung der Kriminalordnung, welche die Beziehung zweier Medicinalpersonen fordere bei Obduktionen, werde dabei erforderlich sein, wie Abg. Birchow schon hervorgehoben. Die Beseitigung der Kreiswundärzte sei vor 10 Jahren nicht erfolgt, weil der Finanzminister verlangt habe, die Gehälter als fünfzig wegfallend zu bezeichnen. Den Notfall anlangend, so sei von der Regierung nichts verabsäumt worden, die Organisation trage keine Schuld. Er erkläre sich für den Antrag Birchow, aber gegen den Antrag Bommer & Esche. (Der letzte Antrag lautet, die für Kreiswundärzte angezeigte Summe in die Kolonne „fünfzig wegfallend“ zu setzen.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Die Anträge der Kommissarien des Hauses werden angenommen. Abgeordneter Pommer-Esche zieht seinen Antrag zurück. Der Antrag Birchow wird mit großer Majorität angenommen. Die Titel werden hierauf genehmigt bis Tit. 46 (Thierarzneischulen in Berlin und Hannover). Auf Anfrage des Abgeordneten Schläger erklärt der Regierungs-Kommissar, daß die Aufhebung der Schule in Hannover nicht beabsichtigt werde.

Abgeordneter Birchow bepricht die Stellung der Thierärzte, in welcher eine gewisse Degradation liege. Unsere Thierarzneischule bedürfe einer höheren wissenschaftlichen Position.

Der Regierungskommissar bestreitet, daß die Berliner Thierarzneischule heruntergekommen sei. Sie bildet heut ebenso tüchtige Lehrer aus wie in früheren Jahren. Das Verhältnis des Kriegsministeriums zu der Schule sei von keinem nachteiligen Einfluß. Redner geht näher auf die Einrichtungen der Schule ein. Wenn der Besuch der Anstalt abgenommen habe, so habe dies seinen Grund in der unsicheren Stellung, welche die Thierärzte einnehmen. Das Kuriren der Thiere ist, einzelne Krankheiten ausgenommen, bekanntlich allgemein erlaubt.

Abgeordneter Birchow beruft sich auf mehrjährige Erfahrung, daß die Polyclinic, der wichtigste Zweig, mehrere Jahre Hülfeslehrern zugewiesen worden sei. Den alten Ruf habe die hiesige Thierarzneischule nicht mehr. Er sei der Beibehaltung der Schule in Hannover nicht entgegen, wünsche aber, daß der Schule in Berlin die größere Ausdehnung gegeben werde. Auf die Pflichtscheide legt er keinen Wert und verlange deshalb auch nicht die Einführung derselben für die Thierarzneiwissenschaft. Die Regierung habe nur für Ausbildung tüchtiger Aerzte zu sorgen.

Der Regierungskommissar verbleibt bei seinen Behauptungen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und alle Titel werden genehmigt. Es folgen dann die einmaligen Ausgaben. Zum Tit. 12 (Neubau einer Universität in Kiel) spricht Abg. Karsten. Der Vortrag ist bei der Unruhe nicht zu verstehen.

Der Regierungskommissar erkennt das Bedürfnis des Neubaues an. Zu Tit. 32 (Mauerputz und Erneuerung des Daches des alten Museums in Berlin) verlangt Abg. Dunder Aufklärung, ob die ausgeworfene Summe lediglich zu dem angegebenen Zweck verwandt werden solle. Zu anderen Bauern im Innern des Museums werde er die Gelder nicht bewilligen, um auf diese Weise nicht wieder Plüschereien zu begünstigen. Redner geht wieder näher auf das in der vorigen Sitzung behandelte Thema ein, um darzuthun, daß unfreundliche Hände in allen Theilen des Museums schaffen. Der heutige Angriff richtet sich namentlich gegen die Bauverwaltung, welche sich gegen den Geist des Schöpfers versündige.

Der Regierungskommissar beruft sich auf seine Erklärung in der letzten Sitzung; die Frage der Umbauten im Museum werde von einer Sachverständigen-Kommission geprüft werden. Würden die Gelder jetzt nicht bewilligt, so würde es durchregnen und die Gemälde würden gefährdet. Um diesen Schutz gegen die Witterung handele es sich hier. Das Verlangen des Abg. Dunder halte er nicht für gerechtfertigt. Im Weiteren sucht der Redner die Angriffe des Abg. Dunder abzuwehren und namentlich den Kontravator des Museums gegen einzelne Vorwürfe zu vertheidigen.

Nachdem Abg. Dunder nochmals sein Verlangen geltend gemacht, wird die Diskussion geschlossen und der Titel genehmigt.

Abg. v. Sybel spricht zu Tit. 33 (Bau der Nationalgalerie). Er verlangt nähere Aufklärung über die künftig beabsichtigte Förderung für die Galerie. Die Kunstsäcke, welche früher Preußen besessen, z. B. die Düsseldorfer Galerie, welche nach Bayern gewandert, müssen wieder erworben und zurückgeführt werden im Interesse der Pflege der historischen Kunst.

Der Regierungskommissar erklärt, daß die Regierung, sobald es angehe, höhere Summen für das in Rede stehende Institut auf den Etat bringen werde. Die Düsseldorfer Galerie anlangend, so werde das Material gesichtet und gesammelt, es handele sich hier um eine sehr mühselige Arbeit. Die Regierung lasse die Angelegenheit nicht aus den Augen.

Tit. 33 wird genehmigt.

Zu Tit. 34 (Denkmäler in Düsseldorf und auf Alsen) moniert Abg. Dunder die Behandlung der preußischen Kriegsdenkmäler und spricht sich gegen die Pyramidenform aus.

Tit. 34 wird genehmigt.

Zu Tit. 35 (Mitteleuropäische Gradmessung) liegt ein Antrag des Abg. Engel vor, dahin gehend, die für Mitteleuropäische Gradmessung für 1868 geforderten 23,480 Thlr. zu bewilligen, und ferner die Staatsregierung aufzufordern, dem gefaßten Vermessungswesen im preußischen Staat eine einheitliche Organisation zu geben und hierüber dem Hause in der nächsten Session durch eine Denkschrift Mittheilung zu machen.

Abg. Dr. Engel: Seit dem Beschuß vom 17. Dezember v. J., die Bewilligung der für die Landestriangulation geforderten 51,800 Thlr. bis zur Bereitstellung für die mitteleuropäische Gradmessung geforderten 23,480 Thlr. auszugehen, hat der Kultusminister eine Vorlage über die letztere Position gebracht und der große Generalstab sich veranlaßt gesehen seine Arbeiten dem Gutachten einer anerkannten Autorität, dem Präsidenten der Kommission der Gradmessung, Geh. Rath Hansen, Direktor der Sternwarte zu Gotha, zu übertragen, der diese Arbeiten sehr anerkennend beurtheilt hat. Dadurch hat die trigonometrische Abtheilung des Generalstabes ein Fundament für ihre Arbeiten gewonnen und es liegt nun kein Grund mehr vor, die geforderte Summe durch zu beanstanden, nachdem der Beschuß vom 17. Dezember seine Früchte getragen.

Regierungskommissar Major Bronsart v. Schellendorf erklärt, daß die Regierung mit den ersten beiden Punkten des Antrags Engel einverstanden sei. Was den dritten Punkt betrifft, so befindet sich die Staatsregierung seit längerer Zeit in Unterhandlung innerhalb der verschiedenen Ministerien, um eine Centralbehörde für das Vermessungswesen zu schaffen. Eine bindende Verpflichtung kann aber nicht übernommen werden, in der nächsten Session eine Denkschrift vorzulegen.

Reg.-Komm. Ambroß: Ein Tadel, den der Herr Abg. Dr. Engel am 17. Dezember v. J. ausgesprochen, ist stehen geblieben, nämlich der, daß in Folge der Grundsteuervermessung 18 Quadratmeilen verloren gegangen sind (Heiterkeit), wenigstens habe die Verwaltung nicht nachweisen können, wo sie geblieben sind, wenn sie überhaupt vorhanden sind (Heiterkeit). Es hat gerechte Zweifel gehabt, daß sie überhaupt nicht vorhanden sind, und stützt sich dabei auf statistische Angaben. Die Regierung hat über diese Sache beiden Häusern im Oktober 1865 in einer besondern Denkschrift Mittheilungen gemacht. Wenn der Herr Abgeordnete diese ausführlichen Mittheilungen gehörig gewürdigte hätte, würde er zu seinem Schluß, daß die Vermessungsarbeiten nichts wert sind, nicht gekommen sein. Denn es ist dort nachgewiesen, daß die früheren Angaben auf ungenauen Karten beruhen. Es hat sich ergeben, daß nach verschiedenen Angaben verschiedene Kreise um  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{8}$  Quadratmeilen zu groß angegeben sind. Indeß sind die Vermessungsarbeiten günstig vorgegangen. Ich kann dem hohen Hause die Verhügung geben, daß nicht mehr 18, sondern nur 16 Quadratmeilen fehlen. (Heiterkeit.)

Abg. Engel zieht hierauf den dritten Theil seines Antrages zurück, der selbe wird jedoch von dem Abg. v. Winckel (Düsseldorf) wieder aufgenommen und hierauf der ganze Antrag angenommen. — Gegen die übrigen Positionen wird ein Widerstand nicht erhoben, worauf das Haus in die Beratung des Staats der Eisenbahnverwaltung eintritt.

Regierungs-Kommissar v. Ried motiviert die Erhöhung des diesjährigen Etats durch den Zutritt der Eisenbahnen aus den neuverworbenen Provinzen und repatriirt die Bissens. Es sind danach vorhanden in Hannover 116 Meilen, in Hessen 53, in Nassau 37, auf Frankfurter Gebiet 2, in Schleswig 36 und in Holstein und Lauenburg 51 Meilen; in Summa betragen die neuverworbenen Staatsbahnen 168, die Privatbahnen 121, also zusammen 290 Meilen.

Der Schluß der Generaldebatte wird angenommen.

Es folgt die Spezialdebatte über Einnahmen. A. Staats-Eisenbahnen.

Kap. 1. (Niedersächsische Märkische Bahn 8,290,000 Thlr.) Kap. 2 (Verbindungs-Eisenbahn zu Berlin 115,000 Thlr.) werden ohne Debatte genehmigt.

Zu Kap. 3. (Ostbahn 7,000,000 Thlr.) rügt Abg. v. Bethmann-Holweg, daß nur ein Nacht-Kourierzug von Berlin nach Königsberg eingerichtet sei und wünscht die Einrichtung eines zweiten Tages-Kourierzuges im Interesse des eigenen und des durchgehenden Verkehrs. Der Handelsminister: die Bereitwilligkeit, abzuholen, habe er durchaus; in diesem Jahre werde es aber unmöglich sein. Abg. Scoupienne wünscht eine größere Erhöhung der Brachten für Rohstoffe; wird aber vom Vicepräsidenten v. Köller unterbrochen, daß gegenwärtig Spezialdiskussion über die Ostbahn stattfinde. — Die Position wird genehmigt.

Zu Kap. 4 (Westfälische Eisenbahn 2,500,000 Thlr.) wünscht Abg. Hammacher gleichfalls eine Erhöhung des Tarifs für die Beförderung von Rohmaterialien, speziell für Roheisen und Schmiedeeisen, der auf der Westfälischen Bahn viel höher sei, als auf den anderen Staatsbahnen. Die Folge davon sei, daß man unnatürliche Umwege für die Beförderung dieser Produkte einschlagen müsse, wodurch der Verkehr überhaupt gehemmt und geschädigt werde. Durch die Norddeutsche Bundesverfassung sei der 1-Pfennigtarif eingeführt; der Handelsminister habe deshalb die Pflicht, dafür zu sorgen, daß dieser Tarif überall auch bei Privatbahnen durchgeführt werde, zumal die günstigen Resultate des 1-Pfennig-Tarifs überall vorliegen.

Handelsminister: Die westfälische Eisenbahn ist ringsum von Gesellschaftsbahnen umgeben; er sei keineswegs gegen Einführung des 1-Pfennigtarifs, könne aber doch nicht jedes beliebige Mittel zur Einführung desselben anwenden, sondern müsse auf die Interessen der Privatbahnen doch jenseits billige Rücksicht nehmen. (Der Minister wendet sich bei seiner Entgegnung nach der Seite hin, auf der der Abg. Hammacher sitzt, zur Linken hin, rechts vom Ministerstuhl und wendet in Folge dessen der Rechten den Rücken zu.)

Abg. Dr. Becker meint, daß der Handelsminister zu großen Rücksichten auf die Privatinteressen der Privateisenbahnen, zum Nachteil der allgemeinen Verkehrsinteressen nehme; er wünscht dringend die möglichst schleunige Durchführung des 1-Pfennigtarifs.

Die Position wird genehmigt.

Zu Kap. 8 (Nassauische Eisenbahn) spricht Abg. Braun (Wiesbaden) zunächst seine Liebererinstimmung mit den Grundfächern aus, die die preuß. Verwaltung bisher geltend gemacht habe. Um die Erträge der Eisenbahn noch wesentlich zu steigern, würde es notwendig sein, dieselbe auf der rechten Seite des Rheins fortzuführen bis zur Mündung des Main, und sie auf einer Brücke über diesen Fluss hinüberzuführen. Er glaubte die Aufmerksamkeit des Handelsministers um so eher auf diesen Bau lenken zu dürfen, als die bisherigen Hemmnisse jetzt dadurch beseitigt seien, daß das Gebiet dem Norddeutschen Bunde gewonnen sei.

Der Handelsminister erwidert dem Abg. Braun, daß er dem Bau der rechts-rheinischen Bahn seine volle Aufmerksamkeit widme, und dem letzten Redner, daß es doch wohl unmöglich sei, den Tag genau zu bestimmen, an dem der Bau einer Gesellschaftsbahn in Angriff genommen werden sollte. Er habe jedoch die kräftigsten Mittel angewandt, um die Sache zu beschleunigen.

Um 3 Uhr wird sodann die Sitzung bis Abends 7 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus. — Abendsitzung. Fortsetzung des Eisenbahn-Etats. Sämtliche Einnahme- und Ausgabe-Positionen wurden genehmigt. Es folgt der Etat der Berg-, Hütten- u. Salinenverwaltung. Hammacher spricht Namens der Kommission große Anerkennung für die Verwaltung aus, welche sich in vorzüglichen Händen befindet. Sämtliche Einnahmeposten wurden genehmigt, ebenso wie die Ausgabepositionen. Schluß 10 Uhr. Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, den 28. Januar.

[Die Wartburg] ist nun an allen niedrigen Stellen aus ihren Ufern getreten, und die Bocianka-Wiese, die Eichwaldstraße zwischen der Brücke und dem Victoria-Park, sowie zwischen den ersten Etablissements an der selben, die Gärten auf der Bischerei und Schröda sind überflutet. Der Besitzer des Etablissements „Bur Insel Alsen“ an der Eichwaldstraße, Herr Trojisch, hat, um trockenen Fußes zum Thore zu gelangen, gestern noch eine Brücke von seinem Hause nach dem Thore gezogen, die jedoch bei einem etwa entstehenden Strom schwierig stand halten dürfte.

[Vollbärate beim Militär.] Man wird sich noch mit Bergnügen erinnern, wie statlich unsere Krieger, als sie im Herbst 1866 aus dem Gefecht in die Heimat zurückkehrten, mit ihren meist schönen kräftigen Vollbärtigen aussehen. In den Garnisonen mußte der Vollbart leider wieder der W-Form mit glattrasiertem Kinn weichen; jedoch ist vor einigen Tagen innerhalb des 5. Armeekorps die Erlaubnis erteilt worden, die Bärte, sobald sie kräftig sind, voll wachsen zu lassen. Es wird daher nicht lange währen, bis wir unser Militär wieder in Vollbärtigen sehen.

(Ein Uhr endete.) wurde gestern durch die Umsicht der Polizei abgefaßt. Der selbe hatte einem Fischerlehrer, als dieser in einer Schänke sich einen Rauchtrunk, die ca. 10 Thlr. kostende Taschenuhr aus der Westentasche gezogen und von einem schmalen ledernen Riemen abgeschnitten. Der Lehrer machte der Polizei Anzeige von dem Diebstahl, dem auch sogleich eifrig nachgeforstet wurde; die Polizei zeigte dem Diebstahl sofort bei sämtlichen Uhrmachern Posens an, indem sie die Uhr beschrieb und die Uhrmacher aufforderte, den Dieb im Falle der Habhaftnahme der Polizei zu überliefern. Nicht der Dieb, wohl aber der Diebler wurde denn auch in einem Uhrenladen auf der Brüderstraße abgefunden und durch diesen gelang es auch, den wirklichen Dieb selbst zu erforschen. Dem Lehrer ist seine Uhr bereits zurückgestattet worden.

# Neustadt b. B., 26. Januar. [Dilettante-Theater zum Wohl der Armen.] Wie ich bereits berichtet, fand gestern im Werchanischen Saale hierfür zum W



## Bekanntmachung.

Der Fischermeister Buschke ist ermächtigt, während des Hochwassers eine Uebersahre für Fußgänger am Berdygow-Damme einzurichten.

Das Fährgeld beträgt 4 Pf. für jede Person, Militärs und Civilbeamte im Dienst, auch Kinder unter 14 Jahren sind frei.

Posen, den 26. Januar 1868.

Königlicher Polizei-Präsident.

## v. Baerensprung.

## Freiwilliger Verkauf.

Königl. Kreisgericht. II Abtheilung.

Schrimm, den 10. Januar 1868.

Das den Schiffer Valentin Galewski alias Galejtski'schen Erben gehörige Grundstück Schrimm Nr. 139 B., abgeschäfft auf 32 Thlr., zufolge der nebst Hypotheken und Bedingungen, in dem II. Geschäftsbureau einer aufgehenden Lage, soll auf den Antrag der genannten Erben und des Vormundschafts-Gerichts derselben Theilung halber freiwillig

am 20. März c. Bormittags 11 Uhr ab, in unserer Corporations-Büro meistbietend verkauft werden.

Kauflustige laden wir hierzu mit dem Bemerkung ein, daß die Kaufbedingungen in unserem Corporations-Büro während der Dienststunden eingesehen werden können.

Eissa, den 22. Dezember 1867.

Borek, den 24. Januar 1868.

Probst Laskerski — Vicar Brandowski.

## Bekanntmachung.

Das der hiesigen Synagogen-Gemeinde gehörige, hier selbst in der Kosener Straße — nahe am Markte — belegene Grundstück Nr. 240 e. (die sogen. Fleischbänke), soll im Wege der öffentlichen Licitation

Montag den 3. Februar 1868 von Bormittags 11 Uhr ab,

in unserem Corporations-Büro meistbietend verkauft werden.

Kauflustige laden wir hierzu mit dem Bemerkung ein, daß die Kaufbedingungen in unserem Corporations-Büro während der Dienststunden eingesehen werden können.

Eissa, den 22. Dezember 1867.

am 20. März c. Der Vorstand

der Synagogen-Gemeinde.

Nachlaß - Auktion.

Im Auftrage des Königl. Kreisgerichts werden die verstorbenen Defans Wolniewicz zu Borek Forderungen zu haben vermessen, wodurch hiermit erachtet, ihre Ansprüche binnen 4 Wochen bei mir anzumelden und dieselben nachzuweisen. Ebenso fordere ich die Nachlaßschulden auf, binnen derselben bei ihren Verpflichtungen bei Vermeidung der Klage nachzukommen.

Jezewo b. Borek, d. 24. Januar 1868.

Laskerski, Probst, als Testaments-Exekutor.

Rycklewska, Gerichtl. Auktions-Kommissarius.

## Bekanntmachung.

In den Forsten des Fürstenthums Krotoszyn sind

40,737 Kubikfuß

Eichenholz resp. Schiffsholz angefallen, welche in sechs Loosen im Wege der Licitation an den Meistbietenden in nachstehender Reihenfolge werden verkauft werden:

Loos 1 umfaßt 82 Stämme mit	3591 c' im Revier Heliefeld,
2 = 202	8221 c' Blankensee,
3 = 155	6655 c' Korytnica,
4 = 76	3336 c' Smoszew,
5 = 149	6210 c' Glisnica,
6 = 268	12,724 c' Chruszczyn.

Zu dem

am 17. Februar c. Bormittags von 10½ Uhr ab

in unserem Amtss lokale hier selbst abzuhaltenen Licitationstermine laden wir Kauflustige unter dem Bemerkung ein, daß die Licitationsbedingungen und speziellen Aufnahmeregister während der Dienststunden sowohl bei uns als dem fürstl. Forstamt zu Friedr.-Wilhelms-Hayn, die genannten Register auch bei den betreffenden Revierförstern eingesehen werden können. Letztere sind angewiesen, sich meldenden Interessenten die Besichtigung der Hölzer zu gestatten.

Jeder Licitant hat eine Caution von 33½ p.C. des Tarwerthes desjenigen Looses, auf welches er bieten will, in preußischem Gelde oder inländischen cours-fähigen Wertpapieren zu erlegen. Die Kaufgelder sind innerhalb 14 Tagen nach erfolgtem Zuschlag zu zahlen und werden ¼ der baaren Caution auf dieselben angerechnet. Schloss Krotoszyn, den 24. Januar 1868.

## Fürstlich Thurn und Taxische Rentkammer.

(gez.) Czekonski.

(gez.) Faust.

## Gasthofs-Verkauf.

Die zu Dom. Zembowko gehörende Gastwirtschaft mit Scheunen und Stallungen, sämlich im guten baulichen Zustande, soll bei einer Anzahlung von 1000 bis 1500 Thlr. aus freier Hand verkauft werden. Fünfzig Morgen Land, darunter Hopfenboden und ausreichende Wiesen können dazu auf Wunsch pachtweise überlassen werden. Näheres auf französische Anfragen beim Wirtschaftsamt Zembowko bei Neustadt bei Pinne.

In Kaminsker-S. bei Mür. Gostlin sind unter billigen Bedingungen zwei Grundstücke Nr. 9. und 10. auf sechs Jahre zu verpachten oder sofort zu verkaufen. Areal 125 Morgen mit 32 Scheinen Winteraussaat; darunter 12 Morgen zweitschürige Wiesen in guter Kulturlohnender Dorfstich, circa 80 Schod Hopfenanlage, vorjähriger Ertrag 8 Ctr. Die Grundstücke sind zins- und rentenfrei; auf denselben befinden sich zwei Wohnhäuser mit 3 resp. 4 Stuben, Mietsertrag von 65 Thlr. jährlich zwei Scheinen nebst Stallgebäuden. Alles in gutem Zustande. Nähres Auskunft ertheilt der Besitzer A. Wunnicka.

Wir sind gesonnen, unsere beiden, die Gemeinde Kierskow bildenden Wirthschaften, bestehend aus 768 Morgen Acker, inf. 60 Morgen Wiesen, 30 M. Dorfstich und 70 M. fischreichen Seen mit Rohrschnitt, entweder einzeln oder zusammen unter vortheilhaftem Bedingungen zu verkaufen. Die sämtlichen, ausreichenden Wirtschaftsgebäude befinden sich in gutem Zustande und sind theilweise neu. Das Inventarium ist gut und vollständig. Die Entfernung von Trzemeszno und der in nächster Zeit ins Leben tretenden Posen-Thorn Eisenbahn beträgt ¼ Meile. Briefliche Anfragen werden franco ertheilt.

Krause. Fraedrich.

## Billard! Billard!

Mein neues, mit Federbändern verfehltes Billard steht von heute ab zur ges. Benutzung.

N. T. Hundt, Konditor, Berliner- und Ritterstrasse-Ecke.

Alle Sorten Obst- und Waldbäume, stark zu Alleen, so wie Gemüse- und Feldsämereien in bester Qualität, sind zu haben zu den solidesten Preisen bei dem Kunst- und Handelsgärtner

G. Romani in Beuthen.

N.B. Gartenanlagen werden von mir auf Verlangen aufs Geschmackvollste ausgeführt.

## Börsen-Telegramme.

Bis zum Schlus der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 28. Januar 1868. (Marcuse & Maas.)

Not. v. 27.

Weizen, matter.	100	101	Nübel, fester.	10½	10
Januar . . . . .	100	101	Januar . . . . .	10½	10
Frühjahr . . . . .	101½	102½	April-Mai . . . . .	10½	10½
Mai-Juni . . . . .	101½	102½	Spiritus, still.		
Bogen, matter.	78	79	Januar . . . . .	19½	20
Januar . . . . .	78	79	Frühjahr . . . . .	20½	20½
Frühjahr . . . . .	78½	79½	Mai-Juni . . . . .	20½	20½
Mai-Juni . . . . .	78½	79½			

Stettin, den 28. Januar 1868. (Marcuse & Maas.)

Not. v. 27.

Weizen, matter.	100	101	Nübel, fester.	10½	10
Januar . . . . .	100	101	Januar . . . . .	10½	10
Frühjahr . . . . .	101½	102½	April-Mai . . . . .	10½	10½
Mai-Juni . . . . .	101½	102½	Spiritus, still.		
Bogen, matter.	78	79	Januar . . . . .	19½	20
Januar . . . . .	78	79	Frühjahr . . . . .	20½	20½
Frühjahr . . . . .	78½	79½	Mai-Juni . . . . .	20½	20½
Mai-Juni . . . . .	78½	79½			

Stettin, den 28. Januar 1868. (Marcuse & Maas.)

Not. v. 27.

Weizen, matter.	100	101	Nübel, fester.	10½	10
Januar . . . . .	100	101	Januar . . . . .	10½	10
Frühjahr . . . . .	101½	102½	April-Mai . . . . .	10½	10½
Mai-Juni . . . . .	101½	102½	Spiritus, still.		
Bogen, matter.	78	79	Januar . . . . .	19½	20
Januar . . . . .	78	79	Frühjahr . . . . .	20½	20½
Frühjahr . . . . .	78½	79½	Mai-Juni . . . . .	20½	20½
Mai-Juni . . . . .	78½	79½			

Stettin, den 28. Januar 1868. (Marcuse & Maas.)

Not. v. 27.

Weizen, matter.	100	101	Nübel, fester.	10½	10
Januar . . . . .	100	101	Januar . . . . .	10½	10
Frühjahr . . . . .	101½	102½	April-Mai . . . . .	10½	10½
Mai-Juni . . . . .	101½	102½	Spiritus, still.		
Bogen, matter.	78	79	Januar . . . . .	19½	20
Januar . . . . .	78	79	Frühjahr . . . . .	20½	20½
Frühjahr . . . . .	78½	79½	Mai-Juni . . . . .	20½	20½
Mai-Juni . . . . .	78½	79½			

Stettin, den 28. Januar 1868. (Marcuse & Maas.)

Not. v. 27.

Weizen, matter.	100	101	N
-----------------	-----	-----	---

